



Medienmitteilung

Zürich, 25. November 2022

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 28. November 2022 Fokusthemen: **Religionsgemeinschaften, BVS, Lehrpersonen, Innovationspark**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen nach dem Eintritt eines neuen Ratsmitglieds und der Behandlung von elf Vorstössen, die als Entgegennahmen traktandiert sind, über die anerkannten Religionsgemeinschaften diskutieren. Danach stehen der Geschäftsbericht der BVS sowie drei Bildungsgeschäfte auf dem Programm. In der verbleibenden Sitzungszeit wird sich der Rat mit dem Innovationspark auf dem Flugplatz Dübendorf beschäftigen.

Entgegennahmen zu Verkehr, Gesundheit, Bildung, KI, Nachhaltigkeit und Gemeinden

Rasch behandeln wird der Kantonsrat elf Vorstösse, die als Entgegennahmen traktandiert sind. Das bedeutet, dass sich der Regierungsrat bereit erklärt hat, die Motionen und Postulate entgegenzunehmen. Der Rat muss nun darüber befinden, ob er diese diskussionslos der Regierung überweisen will. Verlangt auch nur ein Mitglied des Rates eine Diskussion, verbleibt ein solcher Vorstoss auf der Traktandenliste und der Rat muss zu einem späteren Zeitpunkt, nach einer Diskussion im Parlament, über eine Überweisung entscheiden. Thomas Schweizer, Kantonsrat der Grünen, lädt den Regierungsrat ein, einen Umsetzungsplan für die rasche Treibhausgasneutralität der öffentlichen Personenschifffahrt auf den Zürcher Gewässern vorzulegen ([KR-Nr. 176/2022](#)). FDP-Kantonsrätin Linda Camenisch fordert, unterstützt von SP, GLP, Mitte und EVP, eine zweckgebundene und transparente Verwendung der Beiträge für Assistenzärztinnen und -ärzte am Universitätsspital ([KR-Nr. 234/2022](#)). SP-Kantonsrätin Carmen Marty Fässler möchte mit Unterstützung von Grünen, EVP und AL, dass Jahreslektionen in der Volksschule mit einem höheren Lektionenfaktor angerechnet werden ([KR-Nr. 271/2022](#)). Mitte-Kantonsrätin Janine Vannaz fordert für den Unterricht zur politischen Bildung fiktive Abstimmungs- und Wahlunterlagen, die für Lehrpersonen leicht erhältlich und möglichst kostengünstig sein sollen ([KR-Nr. 293/2022](#)). SP-Kantonsrat Christoph Fischbach fordert mit Unterstützung der EVP die Regierung auf, mit einer Kampagne den Wiedereinstieg in Lehrberufe zu fördern ([KR-Nr. 295/2022](#)). GLP-Kantonsrat Gabriel Mäder will, unterstützt von SVP, SP, FDP, Grünen und Mitte, dass der Regierungsrat in einem Bericht darlegt, welche qualitativen, rechtlichen und ethischen Anforderungen an KI-Systeme gestellt werden, die in der Verwaltung zum Einsatz kommen sollen ([KR-Nr. 323/2022](#)). Karin Fehr Thoma, Kantonsrätin der Grünen, wünscht sich eine Auslegeordnung, bei welchen staatlichen Aufgaben und Ausgaben die grössten Potenziale für den schonenden Umgang mit Ressourcen und die Schliessung von Stoffkreisläufen bestehen ([KR-Nr. 347/2022](#)). Grünen-Kantonsrat Florian Heer fordert den Regierungsrat auf, einen Umsetzungsplan vorzulegen, um sämtliche Verbrauchsmaterialien und Beschaffungen des Kantons auf ihre Langlebigkeit und stoffliche Wiederverwertbarkeit zu prüfen ([KR-Nr. 348/2022](#)). FDP-Kantonsrätin Ann Barbara Franzen bittet den Regierungsrat, das Potenzial des «Landfill Minings» für den Kanton darzulegen und aufzuzeigen, wie dieses erschlossen werden kann ([KR-Nr. 357/2022](#)). Mit einer Motion und unterstützt von SP und GLP fordert FDP-Kantonsrat Michael Biber, die gesetzlichen Grundlagen so anzupassen, dass zwei oder mehr Gemeinden die Aufgaben einer gemeinsamen Friedensrichterin oder eines gemeinsamen Friedensrichters wirkungsvoll organisieren können ([KR-Nr. 364/2022](#)). Und die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) regt die Schaffung einer stationären Einrichtung zur temporären Entlastung von pflegenden Angehörigen schwerkranker Kinder an ([KR-Nr. 367/2022](#)).

Linda Camenisch (FDP, Wallisellen), 079 242 06 28
Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil), 043 377 05 38
Janine Vannaz (Mitte, Aesch), 079 665 91 71
Christoph Fischbach (SP, Kloten), 079 400 07 23
Gabriel Mäder (GLP, Adliswil), 079 400 70 68
Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61
Florian Heer (Grüne, Winterthur), 078 912 13 41
Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15
Michael Biber (FDP, Bachenbülach), 044 864 34 85
KSSG-Präsident: Roman Schmid (SVP, Opfikon), 079 581 88 00

Präzisere Berichterstattung der anerkannten Religionsgemeinschaften gefordert

Nach den Entgegennahmen wird sich der Kantonsrat mit den Jahresberichten der anerkannten Religionsgemeinschaften und den Nachweisen der negativen Zweckbindung der Landeskirchen sowie mit Geschäftsbericht und Jahresrechnung der BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich (BVS) befassen. Die beiden Geschäfte sind unumstritten. Erfahrungsgemäss wird deren Behandlung dennoch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat, die Jahresberichte und Nachweise der Kirchen zur Kenntnis zu nehmen ([5861](#)). Gemäss dem Kirchengesetz und dem Gesetz über die anerkannten jüdischen Gemeinden übt der Kantonsrat die staatliche Oberaufsicht über diese Religionsgemeinschaften aus. Mit dem Nachweis der negativen Zweckbindung weisen die kirchlichen Körperschaften nach, dass keine Steuereinnahmen für kultische Zwecke verwendet wurden.

In Bezug auf den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung der BVS beantragt die GPK einstimmig, diese zu genehmigen ([5854](#)). Die BVS nimmt als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt für den Kanton die Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge wahr. Zudem beaufsichtigt sie die unter kantonaler Aufsicht stehenden Stiftungen. Aufgrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklungen informierte die BVS die GPK anlässlich ihrer diesjährigen Orientierung zusätzlich zur jährlichen Berichterstattung auch über das aktuelle Marktumfeld und die derzeitige finanzielle Situation der Vorsorgeeinrichtungen. Gemäss der BVS bewegt sich die aktuelle Entwicklung im normalen Szenario von Wertschwankungen, welche die Vorsorgeeinrichtungen dank ihrer Reserven auffangen können. Sollten sich die Marktverwerfungen hingegen akzentuieren und einzelne Vorsorgeeinrichtungen deswegen in ihrem Deckungsgrad unter eine festgelegte Schwelle fallen, könnten Sanierungsmassnahmen nötig werden.

Noch bevor der Rat die erwähnten Jahresberichte genehmigen wird, steht unter Traktandum 14 eine Diskussion über den Bericht der GPK über die Oberaufsicht über die anerkannten Religionsgemeinschaften an. Darin empfiehlt die Kommission dem Regierungsrat, Verbesserungen bei der Berichterstattung zum Rahmenkredit für die Kostenbeiträge und zur Umsetzung der Tätigkeitsprogramme der Religionsgemeinschaften anzustossen. Die GPK beantragt dem Kantonsrat, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen ([KR-Nr. 328/2022](#)). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35

PH-Gesetz und Lehrpersonalverordnung sollen geändert werden

Zu reden geben dürften am Montag zwei Vorlagen, die sich als Folge der vom Bund vorgegebenen neuen Zulassungsbestimmungen zum Studium an der Pädagogischen Hochschule ergeben. Bereits in erster Lesung zugestimmt hat der Kantonsrat Änderungen am Gesetz über die Pädagogische Hochschule, wonach Kindergartenlehrpersonen im Kanton Zürich künftig mehr Lohn erhalten sollen ([5796](#)). Gleichzeitig sollen die Anforderungen für die Ausbildung erhöht werden. In der zweiten Lesung geht es gewöhnlich nur noch um redaktionelle Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), die meistens unumstritten

sind. Die vorberatende Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) hat zwar nach der ersten Lesung noch einen materiellen Änderungsantrag eingereicht. Da es sich aber nur um eine Präzisierung handelt, die von der REDKO bereits geprüft worden ist, dürfte der Rat im Anschluss an die zweite Lesung abschliessend über die Vorlagen beschliessen.

Als Folge der neuen Bundesvorgaben wird die Ausbildung zur Lehrperson auf Kindergarten- und Unterstufe der Primarstufe (KUst) vereinheitlicht. Der bisherige Studiengang zur Kindergartenlehrperson wird aufgehoben. Die KBIK beantragt dem Kantonsrat daher mit 9 zu 5 Stimmen, eine Änderung der Lehrpersonalverordnung zu genehmigen ([5794](#)). Eine Minderheit (SVP und FDP) will die Ausbildung zur reinen Kindergartenlehrperson beibehalten und lehnt deshalb die Änderung ab. Demgegenüber betrachtet eine weitere Minderheit (EVP, SP, AL und Grüne) die Frage zu den Pensen von Kindergartenlehrpersonen als nicht genügend beantwortet und dementsprechend die Motion von Hanspeter Hugentobler als nicht erledigt ([KR-Nr. 7/2018](#)).

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg, 079 769 34 36)

REDKO-Präsidentin: Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55

Wahl der Mitglieder des Fachhochschulrates soll genehmigt werden

Nicht ohne ein gewisses Rumoren dürfte die Wahl der Mitglieder des Fachhochschulrates über die Bühne gehen. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit unterschiedlichen Stimmenverhältnissen, die Wahl grundsätzlich zu genehmigen ([5843](#)). Die Wahl des Präsidiums und der einzelnen Mitglieder ist je einzeln zu genehmigen. Einstimmig wird die Genehmigung der Wahl von Bildungsdirektorin Silvia Steiner zur Präsidentin des Fachhochschulrates beantragt. Die weiteren acht Mitglieder decken die verschiedenen, gesetzlich vorgesehenen Fachbereiche (Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft, Sozialwesen und Politik) und Kompetenzen ab, welche für die Wahrnehmung der Aufsicht über die drei Fachhochschulen ZHAW, ZHdK und PHZH notwendig sind. Einstimmig wird die Genehmigung der Wahl der vier bisherigen Mitglieder beantragt. Die Genehmigung der Wahl von drei neuen Mitgliedern wird mit 12 zu 2 Stimmen (FDP-Minderheit) beantragt, bei einem Mitglied ist das Stimmenverhältnis 10 zu 4. Die ablehnenden Stimmen der Grünen, AL und FDP würden Mitglieder bevorzugen, die einen stärkeren Bezug zur Fachhochschulwelt haben.

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

Minderheit FDP: Marc Bourgeois (FDP, Zürich), 079 219 95 38

Minderheit Grüne, FDP, AL: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Flugplatzareal in Dübendorf soll zu einem Innovationspark entwickelt werden

Eine ausführliche Debatte ist zum Innovationspark auf dem Flugplatzareal in Dübendorf zu erwarten. Die Spezialkommission Innovationspark Zürich (IPZ) beantragt dem Kantonsrat, vom Synthesebericht Kenntnis zu nehmen ([5768](#)), einem Verpflichtungskredit für den Innovationspark ([5819](#)), einem Planungskredit für einen Forschungs-, Test- und Werkflugplatz ([5820](#)) sowie einer Teilrevision des Richtplans ([5821](#)) zuzustimmen.

Das Flugplatzareal in Dübendorf soll für die Bevölkerung erschlossen und für Innovation, Forschung und Arbeitsplätze genutzt werden. Es wird schrittweise ein Innovationspark errichtet, welcher sich zu einem lebendigen Stadtquartier entwickeln kann. Die aviatische Infrastruktur soll als strategische Reserve gesichert werden. Grundlage für die Transformation des Flugplatzareals bildet der Synthesebericht, der von Bund, Kanton, Standortgemeinden und weiteren Partnern erarbeitet und gemeinsam verabschiedet wurde. Mit dem Synthesebericht hatte sich der Regierungsrat verpflichtet, die kantonalen Umsetzungsschritte anzustossen. Daraus resultierten drei Vorlagen: Für die schrittweise Entwicklung des Innovationsparks beantragt der Regierungsrat einen Verpflichtungskredit von 97,45 Millionen Franken ([5819](#)). Die Mehrheit der Kommission (SP, FDP, GLP, EVP, Mitte) stimmt dem Verpflichtungskredit unverändert zu. Für die Planung des Umsetzungsprojekts «Aviatic

Flugplatz Dübendorf» beantragt der Regierungsrat einen Verpflichtungskredit von 8,2 Millionen Franken ([5820](#)). Mit dem Beschluss über diese Vorlage wird auch darüber entschieden, ob der Kanton in Bezug auf die aviatische Nutzung eine aktive Rolle übernehmen will. Wird der Planungskredit bewilligt, erhält der Regierungsrat den Auftrag und die Mittel, um ein Vorprojekt auszuarbeiten und die notwendigen Verfahren einzuleiten. Die Kommission beantragt dem Kantonsrat mit 13 zu 3 Stimmen, dem Planungskredit zuzustimmen. Und schliesslich braucht es eine Teilrevision des Richtplans, um die planerischen Eckwerte für den Innovationspark Zürich festzulegen ([5821](#)).

Neben verschiedenen Minderheitsanträgen zu den Krediten gibt es zahlreiche Anträge zum Richtplan. Sie betreffen das Festschreiben von ökologischen und verkehrspolitischen Forderungen sowie den Flugbetrieb.

Kommissionspräsident: Markus Bischoff (AL, Zürich), 079 211 81 66

Minderheit SVP: Christian Lucek (SVP, Dänikon), 079 402 31 41

Minderheit SP: Felix Hoesch (SP, Zürich), 079 409 05 92

Minderheit FDP: Doris Meier, (FDP Bassersdorf), 079 646 03 92

Minderheit GLP: Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon), 079 784 75 24

Minderheit Grüne: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Personelles:

Zu Beginn der Sitzung steht der Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates an. Als Nachfolger des zurückgetretenen Hans-Peter Brunner wird der 38-jährige Ökonom und Gemeinderat Mario Senn (FDP, Adliswil) sein Amtsgelübde leisten (KR-Nr. 440/2022).

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Esther Guyer, Kantonsratspräsidentin, 079 699 13 45

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12